

Biographie

Rezzo Schlauch

deutscher Jurist und Politiker; Bündnis 90/Die Grünen

Geburtstag: 4. Oktober 1947 in Gerabronn

Herkunft

Rezzo Schlauch, ev., wurde am 4. Okt. 1947 in Gerabronn geboren. Sein Vater war dort 35 Jahre lang als evangelischer Pfarrer tätig. Eigenen Angaben zufolge wuchs Schlauch in einem "äußerst liberalen Elternhaus" auf, in dem man sich auch publizistisch mit der Lokal- und Kulturgeschichte des Hohenloher Raumes beschäftigte. Der Vater war Mitglied der Landessynode und entschiedener Gegner des württembergischen Pietismus.

Ausbildung

In Bächlingen besuchte Schlauch von 1954 bis 1958 die Grundschule, dann das Gymnasium in Künzelsau, wo er 1966 Abitur machte. Anschließend studierte er Jura an den Universitäten Freiburg (1966-1968) und Heidelberg (1968-1972). Sein Justizreferendariat absolvierte er in Baden-Württemberg und Berlin (ab 1973). Hier legte Schlauch 1975 das Zweite juristische Staatsexamen ab. In Heidelberg mit der 68er-Studentenbewegung in Kontakt gekommen, engagierte sich Schlauch in Berlin im offenen Strafvollzug. In Toronto sammelte er bei der Deutsch-Kanadischen Industrie- und Handelskammer Erfahrungen im Geschäftsleben.

Wirken

Seit 1975 ist Schlauch in Stuttgart als Rechtsanwalt tätig. 1977 schloss er sich dem Republikanischen Anwaltsverein an. Zur Partei der GRÜNEN kam Schlauch 1980. Er beriet von 1980 bis 1984 die Gruppe der GRÜNEN im Landtag von Baden-Württemberg. 1982 wurde er in den erweiterten Landesvorstand gewählt (bis 1984). Im gleichen Jahr kandidierte er bei der Oberbürgermeisterwahl der Stadt Crailsheim und erreichte gegen angesehene Kandidaten der CDU und SPD achtbare 12 % der Stimmen. Als die GRÜNEN vor der Bundestagswahl 1983 das Rotationsprinzip beschlossen, zog Schlauch seine Kandidatur im Wahlkreis Schwäbisch Hall zurück, beteiligte sich aber dort am Wahlkampf.

Im baden-württembergischen Landtagswahlkampf 1984 avancierte Schlauch zum Zugpferd der GRÜNEN. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung nannte ihn einen "Glücksfall" für die GRÜNEN, weil er es fertigbringe, eine "eher linke, politisch bewusste Position mit Heimatverbundenheit und Traditionsbewusstsein in Einklang" zu bringen. Bei der Landtagswahl vom 25. März 1984 erzielten die GRÜNEN neun Mandate. Schlauch erreichte im Wahlkreis Stuttgart I eine Verdoppelung des Stimmenanteils auf 12,9 % und verzeichnete damit den höchsten Zuwachs aller Kandidaten aus allen Parteien. Als Mitglied der Fraktion und stellvertretender

Sprecher engagierte sich Schlauch im Landtag vor allem für eine ökologische Landwirtschaft und die Probleme des ländlichen Raums. In einem umfangreichen parlamentarischen Antrag zur Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft sprach er sich im Dezember 1985 u. a. gegen umfangreiche Flächenstillegungen zugunsten des Naturschutzes aus. Auch Fragen der Demokratie und Rechtspolitik, wie Parteienfinanzierung oder Volkszählung, gehörten zu seinem Arbeitsgebiet.

Obgleich die Verdienste des prominenten GRÜNEN-Politikers Schlauch bei seinen Parteifreunden unbestritten waren, reichten Schlauch die 84 Jastimmen (67,2 %) der Stuttgarter Kreismitgliederversammlung im Mai 1987 laut Satzung nicht, um die für eine Bewerbung zur Wiederkandidatur festgeschriebene 75-Prozent-Hürde zu überwinden. Die folgende Auseinandersetzung um seine Person - dem Gegner des Rotationsprinzips wurde ein Hang zum Berufspolitikertum nachgesagt - spaltete die Stuttgarter Basis in zwei Lager und endete im Juni 1987 mit Schlauchs Zulassung als einer der sieben parteiinternen Bewerber. Bereits beim ersten Urnengang für den aussichtsreichen Wahlkreis II setzte er sich mit absoluter Mehrheit durch und wurde der heimliche Spitzenkandidat der GRÜNEN für die Landtagswahl am 20. März 1988. Mit seinen Parteifreunden warb der Agrarexperte vor allem im ländlichen Raum um Stimmen, da sich der Wahlkampf dort bereits bei der Bundestagswahl vom 25. Januar 1987 "gelohnt" und das "Interesse an uns in den Städten doch nachgelassen" habe, so Schlauch. Mit 7,9 % der Stimmen schnitten die Südwest-GRÜNEN bei der Landtagswahl um zwei Prozentpunkte besser als die FDP ab und konnten die Zahl der Mandate von neun auf zehn erhöhen.

Zur Hälfte der Legislaturperiode, im Mai 1990, löste Schlauch Birgitt Bender im Fraktionsvorsitz ab. Der Repräsentant des Realo-Flügels, der eine "inhaltliche und organisatorische Wende" von der zerstrittenen Bundespartei der GRÜNEN immer wieder forderte, versuchte bei den Stuttgarter Landtags-GRÜNEN, Geschlossenheit in Richtung ökologischer Reformpolitik herzustellen. Auf Ablehnung stieß beim Vorstand der GRÜNEN im August 1990 Schlauchs Vorstellung, nach der Landtagswahl 1992 zusammen mit SPD und FDP eine "Regenbogenkoalition" zu bilden. Einen persönlichen Erfolg errang Schlauch im November 1990 mit 20,7 % der Stimmen als Gegenkandidat des seit 16 Jahren unangefochten amtierenden Stuttgarter Oberbürgermeisters Manfred Rommel, der bei seiner Wiederwahl 71,7 % erreicht hatte.

Den Landtagswahlkampf 1992 bestimmten als Spitzenduo Schlauch und Fritz Kuhn, die, wie die breite Mehrheit der Südwest-GRÜNEN, das "endlich Mitregieren" - am liebsten alleine mit der SPD oder in einer Ampelkoalition - als Ziel anstrebten. Am 5. April 1992 verbesserten sich die GRÜNEN auf 9,5 %, mussten aber ihre Position der drittstärksten Kraft im Landtag an die Republikaner abgeben, die sensationelle 10,9 % erreichten. Die Mehrheitsverhältnisse ließen nach den erheblichen Verlusten der bislang allein regierenden CDU (-9,4 %) nur eine

schwarz-rote oder eine schwarz-grüne Koalition zu. Erwartungsgemäß kam es zur Bildung einer CDU/SPD-Koalitionsregierung, die am 11. Juni 1992 die Arbeit aufnahm. Neuer Fraktionschef der GRÜNEN wurde am 12. Mai 1992 Fritz Kuhn, nachdem Schlauch auf eine Kandidatur verzichtet hatte.

1994 kandidierte Schlauch auf Platz zwei der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landesliste für die Bundestagswahl am 16. Oktober 1994 und erhielt ein Mandat. Er wurde im November 1994 zum stellvertretenden Vorsitzenden der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Fraktion gewählt und zum Obmann im Innenausschuss bestimmt. Im innerparteilichen Streit um Gewaltfreiheit angesichts der Eskalation des Bosnien-Krieges stärkte Schlauch dem Bündnisgrünen-Fraktionschef Joschka Fischer im August 1995 den Rücken und wehrte sich gegen den Vorwurf, die Aufgabe von Gewaltfreiheit sei eine Hinwendung zu einer militärisch gestützten Außenpolitik. 1995 gehörte Schlauch als erstes Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Richterwahlausschuss des Deutschen Bundestages an, der die Karlsruher Verfassungsrichter bestimmt.

Im Mai 1996 präsentierten die Südwest-Bündnisgrünen mit Schlauch ihren Kandidaten für die Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart am 20. Oktober 1996. Schlauch nannte die Rommel-Nachfolge "eine der größten politischen Herausforderungen in Stuttgart" und kündigte an, die Landeshauptstadt als "Stadt des ökologischen und ökonomischen Strukturwandels, der klassischen und neuen Medien, der Wissenschaft, der Freizeit und Kultur" sowie als "Stadt für die Region und für Europa" profilieren zu wollen (vgl. Stuttgarter Nachrichten, 15.5.1996) und bezog auch eine kritische Position gegenüber dem milliardenschweren Umgestaltungsprojekt "Stuttgart 21". Als einzigem Kandidaten mit bundesweitem Bekanntheitsgrad, gegen den seine von CDU und SPD unterstützten Konkurrenten eher farblos wirkten, wurden dem temperamentvollen und volkstümlichen Schlauch auch von überregionalen Zeitungen ernsthafte Chancen eingeräumt, erster grüner Oberbürgermeister einer deutschen Großstadt zu werden. Im ersten Wahlgang landete der populäre Grüne dann mit 30,6 % der Stimmen hinter dem CDU-Kandidaten Wolfgang Schuster (35,2 %), während der von der SPD unterstützte Rainer Brechtken abgeschlagen bei 22,6 % rangierte.

Obwohl Schlauch und andere Grünen-Politiker die SPD nach der Wahl zur gemeinsamen Unterstützung von Schlauchs Kandidatur im zweiten Wahlgang aufriefen, zog der als aussichtslos geltende SPD-Bewerber Brechtken seine Kandidatur nicht zurück, und mit dem als Querdenker in den eigenen Reihen geltenden Pforzheimer Oberbürgermeister Joachim Becker trat ein weiterer SPD-Kandidat in den Ring und trug zur Stimmenzersplitterung bei. Obwohl Schuster laut einer Umfrage der Stuttgarter Zeitung (4.11.1996) klar vorne lag, entwickelte sich die zweite Runde des OB-Wahlkampfes zu einem spannenden Duell zwischen Schuster und Schlauch, in dem der Grünen-Politiker dann am 10. November 1996 mit für die Partei sensationellen 39,3 % nur knapp dem CDU-Kandidaten (43,1 %) unterlag, während Rainer Brechtken von der SPD auf 13,5 % weiter zurückfiel.

Schlauch, der der Südwest-SPD nach der Wahl "Strategieunfähigkeit" vorwarf, verwertete gemeinsam mit Bundesfraktionssprecher Joschka Fischer den Erfolg als Rezept für die eigene Partei, mehr Schwergewicht auf die Personen zu legen und den Kampf um die Mitte aufzunehmen.

Bei den Grünen bahnte sich ein "Paradigmenwechsel" an, hin zur Durchsetzung einer pragmatischen Politik im außen-, sicherheits- und finanzpolitischen Bereich mit Kurs auf "Regierungsfähigkeit", urteilte Schlauch im Sommer 1997 über die Entwicklung seiner Partei (WELT, 18.7.1997) und nannte bereits im August 1997 Gerhard Schröder als seinen Wunsch-Kanzlerkandidaten einer rot-grünen Koalition nach der nächsten Bundestagswahl im September 1998. Auf der Landesdelegiertenkonferenz der baden-württembergischen Grünen wurde Schlauch im Februar 1998 auf Platz 2 der Landesliste für die Bundestagswahl gewählt, engagierte sich gleichwohl jedoch mit ganzem Einsatz für die Eroberung des Wahlkreises Stuttgart-Süd, wo er sich mit Jochem Henke, CDU-Staatssekretär im Bonner Verkehrsministerium, und dem als SPD-Hoffnungsträger und Öko-Experten geltenden Biologieprofessor Ernst-Ulrich von Weizsäcker prominenten Konkurrenten gegenüber sah. Für Schlagzeilen sorgte Schlauch als innenpolitischer Sprecher seiner Bundestagsfraktion im Juli 1998, als er verkündete, die Grünen strebten auch im Falle einer rot-grünen Regierung keine Korrektur der umstrittenen Änderung des Asylgrundgesetzes von 1993 an, weil es dafür keine Mehrheiten im Bundestag gebe, woraufhin Bundesvorstandssprecher Jürgen Trittin Interpretationen entgegentrat, dies als Neuausrichtung der Partei in der Asylpolitik zu werten.

Nach der Bundestagswahl vom 27. September 1998, bei der die SPD mit 40,9 % gemeinsam mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (6,7 %) die Regierungsmehrheit unter dem neuen SPD-Kanzler Gerhard Schröder erringen konnte, wurde Schlauch am 6. Oktober in einer Vorabstimmung von der realpolitischen Mehrheit als Nachfolger von Joschka Fischer als Fraktionssprecher nominiert - ein Posten, für den er frühzeitig Ambitionen angemeldet hatte. Die offizielle Wahl von Rezzo Schlauch und Kerstin Müller, Vertreterin des linken Flügels, als Vorstandssprecher der Bundestagsfraktion erfolgte dann am 25. Oktober und war begleitet von scharfer Kritik durch den Schlauch in der Vorabstimmung unterlegenen wirtschaftspolitischen Sprecher der Fraktion, Werner Schulz, an mangelnden demokratischen Strukturen in der Partei. Die Fraktion "müsse den Spagat schaffen zwischen der Regierungsloyalität und der Notwendigkeit, ein eigenes Profil zu erhalten" und dabei innerparteilich und im eigenen Umfeld die Programmatik der Grünen verdeutlichen, äußerte Sch. zu dem veränderten Rollenverständnis der Grünen-Abgeordneten (Interview, Stuttgarter Zeitung, 28.10.1998)

In den ersten Monaten der Regierungsverantwortung überzeugten die von hohen Erwartungen begleiteten Reformversuche der rot-grünen Koalition nach Beobachtermeinung nicht. Der Atomausstieg wurde nach einem Machtwort des

Kanzlers verschoben und der Entwurf zum neuen Staatsbürgerschaftsrecht nach der hessischen Landtagswahl vom 7. Februar 1999 und dem nicht erwarteten Regierungswechsel von rot-grün zu gelb-schwarz (7.4.1999) in wesentlichen Teilen abgeändert. Die Umsetzung der Steuerreform geriet mit dem überraschenden Rücktritt von Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine am 11. März 1999 ebenso ins Stocken wie das im Dezember 1998 neu initiierte Bündnis für Arbeit.

Koalitionsintern wurde über eine mangelnde Abstimmung zwischen den Partnern geklagt, der man mit einer am 2. Dezember 1998 getroffenen Vereinbarung über regelmäßige Besprechungen zur Koordinierung der Parlamentsarbeit zu begegnen versuchte. Auf dem Erfurter Parteitag der Bündnisgrünen (5.3.-7.3.1999) setzte sich der Realflügel um Bundesaußenminister Joschka Fischer dafür ein, die Organisation der Partei auf die Bedürfnisse der Regierungsverantwortung zuzuschneiden, was nicht gelang. Schlauch, der den Abbruch der Strukturdebatte öffentlich bedauerte, warf den Parteifreunden vor, immer noch nicht in der Rolle der Regierungspartei angekommen zu sein.

Zu einer ersten Belastungsprobe für die Bündnisgrünen wurde der im März 1999 begonnene Luftkrieg der NATO gegen Jugoslawien. Eine innerparteiliche Kontroverse entstand Mitte April 1999 über die Frage, wann die NATO das Bombardement beenden und ob es eine Begrenzung der Angriffe auf Ziele im Kosovo geben müsse. Sch. setzte sich für eine klare Positionierung der Bündnisgrünen ein und wählte "letztlich auch die Koalitionsfrage auf der Tagesordnung" stehend (vgl. SZ, 19.4.1999).

Angesichts nicht enden wollender Flügelkämpfe, die bei den Wählern zunehmend auf Unverständnis stießen, forderte Sch. die Fraktion im Aug. 1999 zu mehr Disziplin auf, um das Spar- und Reformpaket der Bundesregierung zu verwirklichen. Nach einem Jahr Regierungsbeteiligung zogen die Bündnisgrünen selbstkritisch Bilanz. Sch. sprach von einem "Zick-Zack-Kurs", der zeige, dass rot-grün den Rollenwechsel von der Opposition zur Regierung noch nicht richtig vollzogen habe (vgl. SZ, 4.11.1999). Im Dez. 1999 einigte sich die grüne Bundestagsfraktion auf einen Kompromiss beim Atomausstieg mit Gesamtlaufzeiten von 30 Jahren.

Beim Karlsruher Parteitag im März 2000 scheiterte der erneute Anlauf, die satzungsgemäße Trennung von Amt und Mandat aufzuheben, knapp an der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit der Delegierten. Auf dem Parteitag in Münster im Juni 2000 wählten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Renate Künast und Fritz Kuhn eine neue Doppelspitze. Nach Künasts Wechsel ins Verbrauchministerium (Febr. 2001) folgte ihr Claudia Roth ins Amt der Vorsitzenden. Sch. wurde wieder in den auf 16 Köpfe verkleinerten Parteirat gewählt und im Sept. 2000 zusammen mit Kerstin Müller als Fraktionsvorsitzender bestätigt. Entrüstung löste der erklärte Sportwagenliebhaber Sch. im Mai 2000 mit einem Vorstoß für eine stärkere politische Akzeptanz des Autos bei den GRÜNEN aus. Sein Vorschlag zur

Liberalisierung des Tarifrechts im Nov. 2000 führte ebenfalls zu scharfen Reaktionen in der eigenen Partei, beim Koalitionspartner SPD und den Gewerkschaften.

Nach dem Attentat islamischer Terroristen vom 11. Sept. 2001 in New York hatte der Bundestag über eine Beteiligung von deutschen Soldaten im Kampf gegen den Terrorismus zu entscheiden. Bundeskanzler Schröder verband die Abstimmung am 16. Nov. 2001 mit der Vertrauensfrage, die er mit 336 zu 326 Stimmen gewann. Mit einer "Offensive gegen Arbeitslosigkeit" beschloss die grüne Parteispitze im Jan. 2002 ein Sieben-Punkte-Programm, das u. a. die gestaffelte Subventionierung der Sozialversicherungsbeiträge im Niedriglohnbereich, ein Einstiegsgeld für Langzeitarbeitslose und die Entbürokratisierung der 325-Euro-Jobs vorsah. Bereits im Okt. 2001 hatte Sch. zur Überwindung der Konjunkturkrise notfalls eine höhere Staatsverschuldung angeregt.

Im Vorfeld der Bundestagswahl vom 22. Sept. 2002 gehörte Sch. dem sechsköpfigen grünen Wahlkampfteam mit Bundesaußenminister Joschka Fischer als Spitzenkandidat an. Sch.s Wiederwahl in den Bundestag wurde mit Platz vier auf der baden-württembergischen Landesliste abgesichert. Im März 2002 verabschiedeten die GRÜNEN beim Parteitag in Berlin ein neues Grundsatzprogramm, mit dem das seit 1980 geltende Saarbrücker Programm abgelöst wurde.

Im Rahmen der sog. "Bonusmeilen"-Affäre, bei der dienstlich erworbene Bonusmeilen privat genutzt wurden, gab auch Sch. im Sommer 2002 zu, Bonusmeilen für einen Privatflug nach Thailand genutzt zu haben. Im Gegensatz zu seinem Parteikollegen Cem Özdemir und Gregor Gysi (PDS) sah er jedoch keinen Anlass zum Rücktritt.

Nach der Bundestagswahl, bei der die rot-grüne Koalition mit äußerst knappem Ergebnis (SPD: 38,5 %, CDU/CSU: 38,5 %, Grüne 8,6 %, FDP: 7,4 %) weiter regieren konnte, gaben Sch. und Müller den Fraktionsvorsitz ab. Ihnen folgten Krista Sager und Katrin Göring-Eckardt nach. Sch. wechselte als parlamentarischer Staatssekretär für den Mittelstand ins Ministerium für Wirtschaft und Arbeit unter Minister Wolfgang Clement (SPD).

© Munzinger-Archiv GmbH, 2003